

M. IX. 1917

mit Bechtigkeit beseitigt werden wird. Der demnächst stattfindenden Zusammenkunft folgt mit voller Sicherheit Stockholm. Wann dieser glückliche Zeitpunkt eintreffen wird, hängt von einer baldigen Entscheidung ab.

Die Gewerkschaftskonferenz der Entente-Länder.

Amsterdam, 12. September.

(Neuer.) Die gestern in London beendete Konferenz der Vertreter der Gewerkschaftsverbände der Entente-Mächte, die an ein internationales Sekretariat in Berlin angeschlossen sind, beschloß einstimmig die Verlegung des internationalen Sekretariats nach einem neutralen Land. Der Antrag, eine internationale Konferenz in Bern abzuhalten, die die Verlegung des Sekretariats durchzuführen hätte, erhielt keine Mehrheit. Dagegen wurde mit Mehrheit beschlossen, durch Vermittlung des schweizerischen Verbandes die Meinungen der an die Internationale angeschlossenen Länder über die Verlegung des Sekretariats auf postalischem Wege einzuholen. Fällt die Entscheidung zugunsten des Sekretariats aus, so soll der schweizerische Verband ersucht werden, das Bureau in einem Lande zu errichten, über dessen Wahl von den verschiedenen Ländern feinerzeit abgestimmt werden soll. Die Konferenz nahm ferner eine Entscheidung an, in der die Vertretung der Arbeiter auf der Friedenskonferenz gefordert wird.

Der amerikanische Vesperschießdiebstahl.

Skandinavische Presskommentare.

(Telegramm des Peter Bloyd.)

Kopenhagen, 12. September.

Die Angelegenheit des schwedischen Gesandten in Argentinien wird von den skandinavischen Zeitungen sehr verschieden beurteilt. In der schwedischen Presse wird trotz parteimäßiger Abstufungen daran festgehalten, daß von einer bewußten Verletzung der Neutralität nicht die Rede sein könne.

Auch der Stockholmer Socialdemokrat begreift das nicht. Hjalmar Branting sagt in einem Gespräch über die Affäre, daß die Politiken wieder gibt, er glaube selbstverständlich, daß die schwedische Regierung die Telegramme im guten Glauben, ohne Kenntnis des Inhaltes weiterbefördert habe. Er lehnt es jedoch ab, sich über die Folgen der Angelegenheit für die innere schwedische Politik, eine jetzt in der Zeit der Wahlen besonders aktuelle Frage, auszusprechen.

Svenska Dagbladet erklärt, das Vorkommnis komme aus einer Anordnung des früheren Ministers Wallenberg, von der der jetzige Minister des Auswärtigen, wie das Blatt zu wissen glaubt, niemals genauere Kenntnis erhalten hat.

Andere schwedische Zeitungen wie Aftonbladet und Stockholms Dagbladet erklären die Verschleierung der Veröffentlichung der Sache durch die Regierung der Vereinigten Staaten für auffallend und den diplomatischen Sitten widersprechend. Der Zweck dieser Veröffentlichung, schreibt Aftonbladet, kann nur sein, die Stellung Schwedens in den bevorstehenden wirtschaftlichen Verhandlungen mit Amerika zu verschlechtern.

Sehr scharf schreibt ein Teil der norwegischen Presse gegen Schweden. Morgenbladet zieht aus dem Fall sehr weitgehende allgemeine Schlüsse, indem es schreibt, weder Norwegen noch Dänemark werden in Zukunft geneigt sein, Schweden die leitende Stellung erhalten zu lassen, solange die schwedische Regierung an dem System festhalte, das nicht nur für sie selbst, sondern auch für die beiden anderen skandinavischen Länder das größte Risiko enthalte. Das Blatt hält es nach den jetzigen Enthüllungen auch für wahrscheinlich, daß Schweden es war, das bei der letzten skandinavischen Ministerkonferenz seinen überlegenen Einfluß dahin geltend gemacht hat, jetzt eine Bemerkung über den Unterseeboottkrieg zu unterlassen. Schließlich glaubt das Blatt in Aussicht stellen zu können, daß von Schweden angeregte Gedanken einer neutralen Gesamtkonferenz für alle Zeiten unmöglich gemacht und das auch die Zusammenarbeit der skandinavischen Länder sehr erschwert worden sei.

Am zurückhaltendsten zeigt sich die dänische Presse. Nationaltidende befürchtet von der Angelegenheit einen wirtschaftlichen Rückschlag für alle drei nordischen Länder. Außerdem bringt die Zeitung ein Londoner Telegramm, daß man die Ausichten der in Amerika eben stattfindenden wirtschaftlichen Verhandlungen wegen der Wareneinfuhr in Schweden als sehr ungünstig bezeichne, daß gar nicht abzusehen sei, wie die jetzige schwedische Regierung der Entente zufriedenstellende Erklärungen geben könne und daß ein Regierungswechsel eine notwendige Voraussetzung sei, damit Amerika mit Schweden überhaupt unterhandeln könne.

Verstärkung der amerikanisch-schwedischen Beziehungen.

(Telegramm des Peter Bloyd.)

Rotterdam, 13. September.

Die Times melden aus Washington: Wilson macht augenblicklich auf der Yacht „Mayflower“ eine Reise. Er beluchte in der Gloucester-Bucht den Obersten House, der dort eine Villa besitzt.

Weiter heißt es, man hoffe in Washington, daß das schwedische Ministerium demissionieren werde. Vorläufig dürften alle Handelsbeziehungen mit Schweden abgebrochen werden. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Union die zahlreichen schwedischen Schiffe in den amerikanischen Häfen beschlagnahmen werde, um sie künftig für die Militären zu verwenden.

Argentinien ist befriedigt.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Saag, 12. September.

Nieuwsbureau meldet aus Buenos Aires: Die schwedischen Erklärungen haben Argentinien soweit befriedigt, daß es jetzt schon feststeht, daß die argentinische Regierung weitere Schritte Schweden gegenüber für unnötig hält.

Aufbau des Polenstaates.

Die Neuregelung der Staatsgewalt.

Wien, 13. September.

Die Politische Korrespondenz meldet: Wie wir erfahren, werden die Handschreiben des Kaisers und Königs Karl und des Kaisers Wilhelm an die Generalgouverneure in Lublin und Warschau mit den Patenten, welche die Neuregelung der Staatsgewalt im Königreiche Polen enthalten, am 15. September zur Veröffentlichung gelangen.

Uebergabe des Schulwesens an die polnischen Behörden.

Warschau, 12. September.

Wie verlautet, steht die Uebergabe des Schulwesens an die polnischen Behörden unmittelbar bevor. Ueber die Bedingungen der Uebergabe wurde eine vollständige Einigung mit dem provisorischen Staatsrat erzielt, so daß am 1. Oktober die Polen die Verwaltung des Volks-, Mittelschul- und Hochschulwesens übernehmen. Die deutsche Schulverordnung vom 24. August 1915, welche bisher im Gebiete des Generalgouvernements Warschau Geltung hatte, wird aufgehoben. An ihre Stelle tritt eine vom polnischen Staatsrat ausgearbeitete und vom Generalgouverneur in Kraft gesetzte Schulverordnung mit völlig neuer Organisation. Die Behörden haben für die nationalen und konfessionellen Minderheiten, insbesondere für deutschen, besondere Bestimmungen getroffen, die es ihnen ermöglichen soll, ihre Eigenart auf nationalem und religiösem Gebiete festzuhalten.

Ankauf österreichischer Dampfer durch Norwegen.

(Telegramm des Peter Bloyd.)

Frankfurt, 12. September.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Kopenhagen: Acht der in den Vereinigten Staaten, Argentinien und Kuba liegenden inaktiven österreichischen Dampfer sind dieser Tage für norwegisches Kapital gekauft worden. Der Preis ist zwölf Millionen Dollar, die Gesamttonnage 50.915 Tonnen. Die Transaktionen wurden durch norwegische Banken in Amerika geordnet.

Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle über die Heeresreform im Abgeordnetenhaus.

Eine Rede des Unterrichtsministers Grafen Albert Apponyi über die staatliche Kontrolle des Erziehungswesens.

Budapest, 13. September.

Eine kurze Rede des Abgeordneten Urmáncz, die sich mit Gravamina im Heeresorganismus beschäftigte, gab heute in der Debatte über das Regierungsprogramm den Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle Veranlassung, Ausführungen über die nationale Entwicklung unseres Armeewesens zu machen, deren geschichtliche Bedeutung nicht verkannt werden darf. Der Ministerpräsident stellte fest, daß die Einzelfragen und die vereinzelt erscheinenden Gravamina heute aufgehen in der großen Frage der Neuorganisation der Armee, mit der die Regierung sich beschäftigt, um in weitestgehendem Maße die Ansprüche der Nation zur Geltung zu bringen. Ohne in eine meritorische Auseinandersetzung über diese Frage einzutreten, konstatierte der Ministerpräsident, daß zwar die Neuorganisation der Armee während des Krieges nicht geschehen könne, daß aber die Lösung der Armeefrage im nationalen Sinne niemals dem Erfolg näher war als heute. Die Worte des Ministerpräsidenten wurden auf der äußersten Linken von lauten Rufsen „Es lebe die ungarische Armee!“ begleitet, und das ganze Haus war erfüllt von dem Bewußtsein, Zeuge eines historischen Augenblicks gewesen zu sein.

Der Verlauf der heutigen Beratung des Abgeordnetenhauses war auch sonst anregend und bewegt. Präsident Karl v. Szász eröffnete die Sitzung mit einer Kundgebung des innigen Beileids für den König von Bulgarien, den der Hingang seiner Gattin in tiefer Trauer verfehlt hat. Das Abgeordnetenhaus entsprach den traditionellen Sympathien, die man in Ungarn seit jeher für König Ferdinand von Bulgarien empfunden hat, indem es der von dem Präsidenten beantragten pietätvollen Kundgebung des Beileids zustimmte.

Die Debatte über die programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle wurde von einer Rede des Abgeordneten Ladislaus Fényes eingeleitet. Es wird wohl der Befangtheit des mit der moralischen Aufrichtigkeit des Hauses noch unvertrauten Jungferneredners zuzuschreiben sein, daß der Abgeordnete Fényes in seinem Eifer, eine gute Sache recht wirksam zu vertreten, sich bisweilen im

Tone vergriff; sein Plädoyer für die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, die der Staat den Familien der Feldsoldaten mit zu farger Hand bemißt, würde sicherlich sympathischer berührt haben, wenn den Redner die Leidenschaft, mit der er sich seines Gegenstandes annahm, nicht zu schrillen Dissonanzen hingerissen hätte, wobei es unter stürmischer Bewegung des ganzen Hauses zu einer scharfen Auseinandersetzung mit Géza Polónyi kam. Immerhin mußte auch dieser Gegner anerkennen, daß Fényes einer guten Sache das Wort geredet hatte, und auch Finanzminister Dr. Graf honorierte die von Ladislaus Fényes vorgebrachten Beschwerden, indem er die von jenem gerügten Unzukömmlichkeiten zugab und baldige Abhilfe in Aussicht stellte.

Der zweite Teil der Sitzung brachte eine Wahlrechtsrede des Abgeordneten Géza Polónyi, der den Nachweis zu führen suchte, daß die Lösung des Wahlrechtsproblems günstiger und, wie er sagte, wohlfeiler durch eine Verständigung der Parteien, als durch eine Verständigung mit den Wählern erfolgen könnte. Um seinen Ausführungen stärkeren Nachdruck zu verleihen, berief er sich auf die Kunde, die ihm, wie Abgeordneter Stefan Ráth durch einen Zwischenruf konstatierte, durch den Wahlrechtsminister Vázsonyi über die Wahlrechtsreform geworden war. Diese Kunde, die Minister Vázsonyi später, als formal den Tatsachen entsprechend, in ihren das Wahlrecht betreffenden Mitteilungen aber als ungenau kennzeichnete, sollte im Hause dardun, daß die Wahlrechtsreform keinesfalls katastrophale Bedeutung für das Land haben könnte, und in diesem Sinne lud Géza Polónyi die Partei der nationalen Arbeit und die Minderheitsparteien eindringlich ein, den Weg der Verständigung zu suchen.

Die Rede des Abgeordneten Géza Polónyi rief Antworten der Abgeordneten God und Sümegi hervor. Sie bot auch dem Ministerpräsidenten Dr. Wekerle Veranlassung, festzustellen, daß er festhalte an seinem Bessersprechen, das er in der Wahlrechtsfrage abgegeben hatte, schon deshalb, um diese Frage endlich einer dauernden Lösung zuführen zu können. Minister Dr. Wilhelm Vázsonyi betonte, daß es müßig sei, heute über diese Fragen Vorhugefechte zu führen. Das Problem sei der Lösung völlig entgegengerichtet. Der Entwurf werde bald vor das Haus gelangen. Mögen die Würfel dann fallen.

Das letzte große Stück der Sitzung war die Auseinandersetzung, die Graf Albert Apponyi zum Teile mit den gestrigen Ausführungen des Grafen Stefan Tiska, zum Teile mit den kritischen Bemerkungen des rumänischen Nationalitätenvertreters Stefan Popescu hatte. Graf Albert Apponyi wies die Zustimmung, daß ein Festhalten an der Möglichkeit der Auflösung des Hauses seinerseits gegen die publica honestas verstoße, zurück. Allerdings habe er seinerzeit Einfluß genommen auf die Schaffung jenes Gesetzentwurfs, der die Auflösung des Hauses während des Krieges als einen Verstoß gegen die politische Moral kennzeichnet. Doch dieser Gesetzentwurf habe das Auflösungsrecht des Königs keinen Augenblick lang in Zweifel gezogen, denn es mußte damit gerechnet werden, daß auch während des Krieges moralische Notwendigkeiten sich ergeben könnten, die noch schwerer ins Gewicht fallen als die moralischen, Semnungen, die gegen eine Auflösung des Hauses sprechen. Eine solche moralische Notwendigkeit könnte sich aber aus der gegebenen politischen Situation entwickeln.

In dem zweiten Teil seiner Rede verteidigte der Unterrichtsminister seine Verfügungen, die er im Interesse einer staatsstreuen Erziehung in den rumänischen Lehrerbildungsanstalten erlassen hat. In plastischer Darstellung, die ihre Illustrationen aus der politischen und juristischen Organisation der Weststaaten Europas und der amerikanischen Union nahmen, zeigte Graf Albert Apponyi, daß jeder fortgeschrittene Staat auf die Wahrung seiner Existenzbedingungen im Erziehungswesen größtes Gewicht lege und daß dieses Vorgehen keinesfalls im Gegensatz stehe zu den Forderungen der staatsbürgerlichen Freiheit. Das Bestreben der ungarischen Regierung geht dahin, allen Bürgern unseres Staates ohne Unterschied der Muttersprache und der Konfession alle Rechte in gleicher Weise einzuräumen, doch die Staatsstreue als höchstes Prinzip und Ziel der Erziehung unbedingt zu etablieren.

Die Rede des Grafen Albert Apponyi, in der sich die Gedankengänge betreffend unsere nationalen Aufgaben in unverbüchlicher Festigkeit ineinanderklammerten, fand stürmischen Beifall im Hause.

Das Abgeordnetenhaus hat heute seine Beratungen geschlossen. Es wird voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Oktober wieder zusammentreten.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Karl v. Szász eröffnet die Sitzung um Viertel 4 Uhr.

Auf den Ministerpräsidenten: Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, die Minister v. Szurmay, Apponyi, Agron, Grecsál, Serényi, Graf, Vázsonyi, Daitshány, Földes, Mezőssy.

Schriftführer: Géza Kovágyi, Karl Huszár und Ladislaus Almágy.

Präsident gedenkt in tiefer Bewegung des schmerzlichen Verlustes, der den Monarchen des verbündeten Bulgariens durch den Tod seiner Lebensgefährtin, der Königin Eleonore, betroffen hat. König Ferdinand von Bulgarien stand dem Herzen der ungarischen Nation stets nahe. Jetzt, da unseren treuen Verbündeten inmitten des Krieges ein solch schmerzlicher Verlust getroffen, teilt die ganze ungarische Nation seinen großen Schmerz. Redner erbittet vom Hause die Ermächtigung, der bulgarischen Sobranje das Beileid des Hauses zum Ausdruck zu bringen.